

Der Freisinn

FDP

Nr. 5
Mai 1983
5. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Illustrierbar am Projekt der Innovationsrisikogarantie

Rahmenbedingungen — mehr als ein Schlagwort

Die Wirtschaft braucht, um im Interesse hoher Beschäftigung zu prosperieren, günstige Rahmenbedingungen. Das klingt banal, ist aber mehr als ein Schlagwort. Dies lässt sich leicht an der gegenwärtig zur Diskussion stehenden Schaffung eines Innovationsrisikofonds mit Bundeshilfe illustrieren. Pro- und Contra-Meinungen zu diesem Antrag wurden im letzten «Freisinn» publiziert.

Unternehmerisches Handeln wird bedroht, wenn übersteigerte Steuerlasten, hemmende Reglementierungen, einseitige sozialpolitische Auflagen oder starre Arbeitsmarktvorschriften seine schöpferischen Funktionen behindern. Der liberale Staat ist bedacht auf fiskalische Mässigung, sozialpartnerschaftliche Freiheit, Rechtssicherheit und Eigentums-garantie. Sein ordnungspolitisches Konzept gibt individueller Verantwortung den Vorrang vor anonymem Kollektivismus.

Risikobehafteter Risikofonds

Auch in solcher Sicht sind freilich die Finanzierungsbedürfnisse der Wirtschaft vielfältig, und ihre Deckung steht in Wechselwirkung mit den (quantitativen und qualitativen) Kapazitäten der Finanzmärkte. Nicht alle Kapitalanlageformen können mündelsicher sein. Eine zu starke Konzentration auf institutionelles Sparen

vermag wegen der sicherheitsrechtlichen Vorschriften Finanzierungslücken offen zu lassen. Der Begriff «Wagniskapital» deutet dies an. Er hat im Blick auf das eidgenössische Gesetzesprojekt für die Schaffung einer Innovationsrisikogarantie neue Aufmerksamkeit gefunden.

Doch mit Recht sind dazu ordnungspolitische Fragezeichen gesetzt worden. Ihr Brennpunkt liegt im Einwurf, staatliche Interventionen auf dem Gebiet der Risikotragung, einer spezifisch unternehmerischen Domäne, könnten kaum als marktwirtschaftskonform gelten. Auch ihre Wettbewerbsneutralität sei in Zweifel zu ziehen. Die vorgesehene Grenze der Garantieberechtigung (kleine und mittlere Betriebe bis zu 500 Arbeitnehmern) erscheine als willkürlich, und die jeweilige Antragsbewertung durch eine entscheidungsberechtigte Kommission könne nicht frei von Ermessen sein. Von Gewicht ist zudem die Erwägung, der echte Versiche-

rungscharakter des geplanten staatlichen Fonds sei ungewiss, da für dessen durch Prämienleistungen herbeizuführende Eigenwirtschaftlichkeit keine Gewähr bestehe. Vielmehr müsse befürchtet werden, dass der Fonds vorab «schlechte Risiken» zu tragen habe.

Ertragskraft als Ordnungselement

Die Kritik verbindet sich — was Anerkennung verdient — mit Erwägungen über privatwirtschaftliche Alternativen. Denn stellensweise bestehen für die Risikokapitalbeschaffung kleiner und mittlerer Unternehmungen tatsächlich Erschwernisse. Zu ihrer Behebung wäre wohl am unmittelbarsten an einen Ausbau der schon vorhandenen Bürgschaftsinstitutionen zu denken (beispielsweise die Bürgschaftsgenossenschaft für Handel und Industrie in St. Gallen). Darüber hinaus ist die Errichtung entsprechender Fonds seitens der Banken und Assekuranzgesellschaften in die Diskussion eingebracht worden. Sinnvoll scheinen auch die in einzelnen Fällen schon geschaffenen Innovationsberatungsstellen kantonalen Handelskammern.

Stichwort «Rahmenbedingungen»

Die Erfahrung zeigt indessen, dass produktive Investitionen, deren Ermutigung in der gegenwärtigen Konjunktur sicherlich sehr erwünscht ist, lediglich die verlässlichste Grundlage in ausreichenden Selbstfinanzierungskapazitäten der Unternehmungen

Fortsetzung auf Seite 2

Die Aufgabenneuverteilung im Bundesstaat

Echte Föderalismusreform oder staatspolitische Alibiübung?

Die Neuverteilung der Aufgaben im Bundesstaat, die gegenwärtig von einer Kommission des Nationalrates vorberaten wird, darf nicht zu einem Spiel mit dem Schwarzen Peter werden. Sollte an die Stelle einer echten Föderalismusreform lediglich eine finanzielle Entlastungsübung treten, ist das gesamte Aufgabenteilungspaket abzulehnen. Diese Auffassung vertritt der Aargauer FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan:

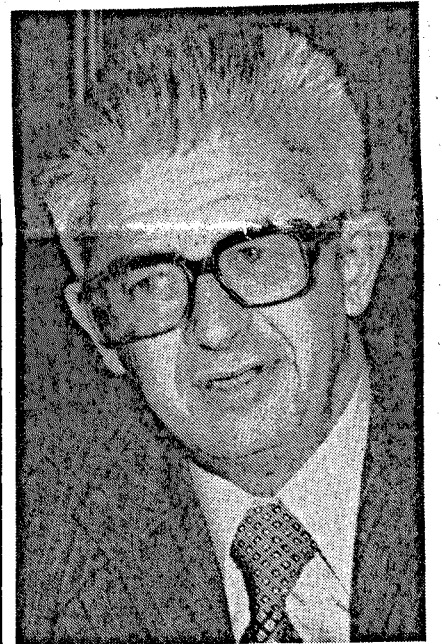
Ursprünglich war die Aufgabenneuverteilung wichtigster Bestandteil von Sanierungsprogrammen für die Finanzen. Im Laufe der letzten Jahre erhielt sie eine immer grössere eigenständige Bedeutung. Zum einen stellte sie die erste Etappe einer staatspolitisch bedeutsamen Föderalismusreform dar, zum andern wollte sie durch Entflechtung und Subventionskürzungen interne Spareffekte erzielen.

Zielsetzung

Die Aufgabenneuverteilung verfolgt verschiedene Ziele. Zwischen Aufgabenerfüllung, Verantwortung und Finanzierung soll Uebereinstimmung hergestellt werden. Damit soll anerkannt werden, dass in Kantonen und Gemeinden für gleiche Probleme unterschiedliche Lösungen möglich sind. Gleichzeitig sollen die Aufgaben der öffentlichen Hand in vermehrter Bürgernähe erfüllt und bestimmte Subventionen vollständig abgebaut werden. Durch ein Entwirren von finanziellen und administrativen Verflechtungen sollen Verwaltungsapparate reduziert und die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung erhöht werden. Das Neuverteilungspaket soll den Bundeshaushalt jährlich mit rund 200 Millionen Franken entlasten. Für Kantone und Gemeinden ist dies eine tragbare Mehrbelastung, sofern gewisse Randbedingungen eingehalten und Voraussetzungen erfüllt werden.

Voraussetzungen

Bei der Aufgabenteilung können die Kantone gegenüber dem Bund und die Gemeinden gegenüber den Kantonen nur mitmachen, wenn die Entflechtung fair erfolgt. Dem Verzicht auf Subventionen und der Inkaufnahme von Mehrbelastungen muss zwingend eine vermehrte und echte Eigenständigkeit der Kantone und Gemeinden gegenüberstehen. Jede Entflechtung, die eine finanzielle Entlastung bringt, hat diesen Spareffekt auszuweisen. Es wird Sache der eidgenössischen und kantonalen Parlamentarier sein, diese Forderung durchzusetzen. Im weiteren ist der Finanzausgleich zugunsten der schwä-

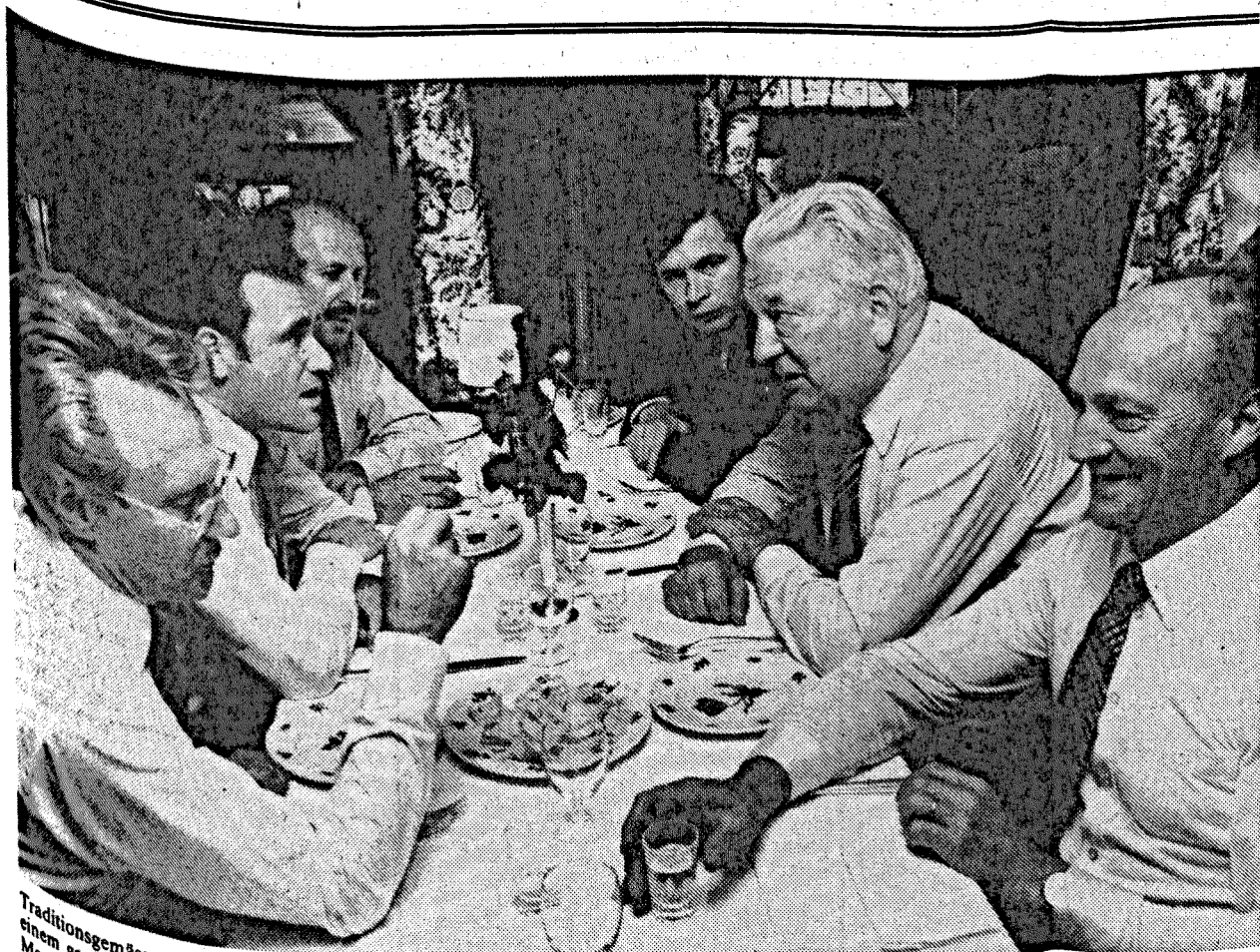


chere Kantone und Gemeinden auszubauen.

Vorgeschichte

Wie ist es überhaupt zur heutigen, kostspieligen Verflechtung gekommen? Wie der Autor hervorhebt, liegen die Gründe für die Defizitwirtschaft nicht bei mangelnden Einnahmen, sondern in der überbordenden Ausgabenwirtschaft, welche in den euphorischen sechziger Jahren einsetzte. Laufend wurden dem Bund Aufgaben übertragen, so auf dem Gebiet des Verkehrs, der sozialen

Fortsetzung auf Seite 6



Traditionsgemäss treffen sich die Mitglieder der FDP-Fraktion der Bundesversammlung zum Abschluss der jeweiligen Session zu einem gemeinsamen Nachtessen. Auf unserem Bild (v. l. n. r.): die Nationalräte Dr. Bruno Hunziker (AG), Burkhard Vetsch (SG), Manfred Aregger (LU), Franz Steinegger (UR), Karl Flubacher (BL) sowie Georg Nef (SG). (Foto ruti)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Finanzpolitik auf zwei Geleisen

In der Debatte zum Beschäftigungsprogramm des Bundesrates erklärte der streitbare ehemalige Gewerbeverband-Boss Otto Fischer, unsere Finanzpolitik habe etwas Schizophrenes. Denn während eine nationalrätliche Kommission im Parterre des Bundeshaus beraten habe, wie man die Steuerschraube zur Erreichung des Budgetgleichgewichts noch schärfer anziehen könne, habe eine andere Kommission im dritten Stock getagt, um mit dem Beschäftigungsprogramm eine Milliarde auszugeben, wodurch die Defizite des Bundes dann wieder ansteigen würden.

Ob diese Gleichzeitigkeit stimmte oder nur Symbolcharakter hatte, entzieht sich unserer Kenntnis. Im Kern aber handelt es sich um die reine Wahrheit. Unsere Finanzpolitik ist doppelgleisig, um nicht zu sagen schizophren. Um es gleich vorwegzunehmen: die Landesregierung ist daran nicht schuld.

Alle sind sich darüber einig, dass die Bundesfinanzen saniert und die Defizite zum Verschwinden gebracht werden müssen, weil man es sich nicht leisten kann, unsere staatlichen Leistungen mit teurem Fremdgeld zu finanzieren. Mit den Unsummen, die der Bund für Kapitalzinsen aufbringen muss, könnte man Konstruktiveres unternehmen. Das Prinzip an sich ist leicht verständlich. Weniger verständlich aber ist, weshalb alles getan wird, um das Budgetziel immer weiter hinauszuschieben und den Bundesfinanzhaushalt völlig aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wozu sparen?

Ein typisches Beispiel für diese Schizophrenie bilden die Anstrengungen, um Ordnung in das Subventionswesen zu bringen. Diese Bemühungen datieren weit zurück. Als man sich Mitte der sechziger Jahre der ominösen Schallgrenze von einer Milliarde Bundessubventionen näherte — heute sind es fünfmal mehr —, rief man erschreckt einen Fachmann, den Berner Wirtschaftswissenschaftler Prof. Paul Stocker, der einen «kräftigen» Subventionsabbau von rund 200 Millionen vorschlug. Dieser Abbau wäre an sich machbar gewesen. Aber als es

Fortsetzung von Seite 1

finden. Diese Ueberlegung führt zum Stichwort «Rahmenbedingungen» zurück. Rahmenbedingungen müssen unter anderem so beschaffen sein, dass sie der Wirtschaft die Erzielung von Erträgen erlauben und ihr auch für die Zukunft adäquate Ertragswartungen ermöglichen.

Das hat entschieden mit der Steuer- und Sozialversicherungsordnung zu tun, und es bedeutet in der heutigen Praxis etwa, dass die Dämpfung der fiskalischen Doppelbelastung von Aktiengesellschaften und Aktionären ebenso aktuell bleibt wie die möglichst uneingeschränkte Ausschaltung der kalten Progression bei der Wehrsteuer. Nicht zuletzt schiene überdies eine Läuterung der Meinungsbildung über die Grundlagen der Marktwirtschaft geboten, unter Einschluss der Erkenntnis, dass privatwirtschaftliches Gewinnstreben nicht ein moralischer Makel, sondern ein sachgerechtes Funktionselement einer liberalen Ordnung ist.

dann an die Konkretisierung ging und die Betroffenen ausrechneten, wieviel weniger sie erhalten würden, schlug das Zuckerpapier ab und die Vorschläge zerrannen zu nichts. Wozu auch sparen? Man war in den goldenen Jahren der Hochkonjunktur und bildete sich ein, die Bundeskasse werde in alle Ewigkeit durch dicke Geldströme gespeist.

Die Stunde der Wahrheit?

Aber in den siebziger Jahren schlug nun schon zweimal die Stunde der Wahrheit. Konnte man sich in der Mitte des Jahrzehnts noch damit trösten, dass

Die im «Tribüne»-Beitrag geäußerte Meinung muss sich nicht mit jener der «Freisinn»-Redaktion decken.

uns nur die bösen Oelmultis und Oelscheichs am Kragen hätten, so muss man neuerdings einsehen, dass es sich um eine Strukturkrise handelt. Gewisse Branchen zeichnen Ueberkapazitäten und sind zu wenig auf den Markt ausgerichtet.

Nun erinnerte man sich vor Jahresfrist, dass auch das Subventionswesen stärker angeschwollen sei, als man es sich auf die Dauer leisten konnte. Es gab verschiedene parlamentarische Vorstösse, sogar verbindliche Motionen, der Bundesrat solle ein Subventionsgesetz vorlegen, damit der Dschungel durchforstet und ausgelichtet werden könne. Wohlgermerkt, es handelte sich dabei nicht um eine Vorlage mit konkreten Kürzungsanträgen (das geschah nun notgedrungenemassen mit den Sparprogrammen), sondern um Spielregeln, um Grundsätze für die Ausrichtung von Subventionen; denn komischerweise fehlen im Bundesrecht geschriebene allgemeine Grundsätze.

Mögliche Geschäfte der Sommersession der eidgenössischen Räte (6.–24. Juni)

Genossenschaft für Getreide und Futtermittel: BG
 UNO: Beitritt der Schweiz
 Ferien: Volksinitiative und Revision OR
 Schutz der Kleinhändler: Volksinitiative
 ZGB: Ehwirkungen und Güterrecht
 Iv. Kt. Graubünden: Elektrizitätswerke. Steuerauscheidung
 Kartellgesetz: Revision
 Bundesverfassung (Radio- und Fernsehartikel)
 Bund und Kantone: Neuverteilung der Aufgaben
 Kernkraftwerk Kaiseraugst: Rahmenbewilligung
 Voranschlag der Eidgenossenschaft 1983 (Haushaltsperspektiven 1984–86)
 ZGB: Persönlichkeitsschutz

ze. Man hat auf dem Gesetz- und Verordnungsrecht für jede Subvention eine besondere Regelung aufgestellt. Das führte oft zu heroischen Hahnenkämpfen um ein paar hundert Franken mehr. Dass der Bund unter Druck meistens nachgeben musste, versteht sich fast von selbst.

Soll der Wirrwarr geordnet werden?

Aber nun soll also Ordnung in den Wirrwarr gebracht werden. Vor etwas mehr als Jahresfrist ging der Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung. Ein Gesetz, das für alle Bundessubventionen einheitliche Grundsätze aufstellen will. Nach der bisherigen Praxis gibt es rund 120 Gesetze und Bundesratsbeschlüsse, nach denen Subventionen ausgerichtet werden. In diesem Rahmen gibt es 250 Subventionsarten und Subventionsansätze zwischen 25% und 50%. Jetzt will man vereinheitlichen zugunsten der Bundeskasse. Man wollte, aber ob es gelingt ist eine andere Frage. Denn das Vernehmlassungsergebnis, das vor kurzem veröffentlicht wurde, stimmt wenig hoffnungsvoll. Die Kantone waren fast durchwegs dagegen. Und Parteien und Verbände hatten soviel daran herumzukritteln, dass der Entwurf völlig überarbeitet werden musste. Denn obwohl keine Zahlen genannt wurden, fürchtete die Mehrzahl der Befragten, es könnte ihnen «ans Läßige» gehen. Ein konkreter Wille zum Sparen scheint nicht vorhanden zu sein. Auch wenn man mit Sorgenfalten vom Zwang zum Sparen spricht.

Wer soll das bezahlen?

Das zweigleisige Finanzdenken äusserte sich auch wieder bei der Behandlung der Beschäftigungsmassnahmen in den Räten. Nur wenige Parlamentarier wagten darauf hinzuweisen, dass man eine Milliarde ausgeben, die man gar nicht hat. Sehr vorsichtig stellten einige Parlamentarier die Frage, ob diese Milliarde, die unsere Staatsrechnung wiederum verschlechtert und den Ausgleich in weite Fernen schiebt, wirklich im richtigen Verhältnis zum gewünschten Effekt stehe, nämlich der Erhaltung und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Und die Frage, woher dieses Geld eigentlich kommen solle, umging man wie die bekannte Katze den heissen Brei. Mit diplomatischer Vorsicht wurde vom Bundesratspräsidenten erklärt, diese Milliarde sei «eingebaut» in den langfristigen Finanzplan. Was darunter zu verstehen wäre, ist unklar. Aber vielleicht findet unser Willy National wieder einmal eine Milliarde. Dann sind wir aus dem Schneider.

Dr. Beatrice Steinmann
 Bundeshausredaktorin
 der «Appenzeller Zeitung»

Was verteidigen wir eigentlich?

In einer Leserschrift in irgendeiner Zeitung stosse ich auf folgende Formulierung und stosse mich ein wenig an ihr: Sie befasst sich mit der «Rothen-thurm-Initiative», die «der Sorge entsprang, dass wir immer weniger landschaftliche Werte haben, für die sich eine Verteidigung im Notfall lohnt. Zerstörte Landschaften gefährden nämlich den Verteidigungswillen.»

Bei allem Respekt vor dem Landschaft- und Umweltschutz, die beide, mit Massen, notwendig sind und für die es sich zu kämpfen lohnt.

Aber lohnt es sich, im «Notfall», wirklich allein für sie zu kämpfen? Stellen wir uns eigentlich nicht auch ein wenig darauf ein, unsere Freiheitsrechte und unsere demokratische Ordnung zu verteidigen? Sie können ja, wenn wir von unseren Verhältnissen im Innern absehen, von aussen nur aus einer geographischen Richtung bedroht werden, die wir nicht näher zu orten brauchen. Verteidigen wir nur schöne Landschaften und schöne Städte, in denen wir uns wohl fühlen und wohl fühlen sollen und möchten?

Gründet unser Wehrwille nicht mehr oder nicht mehr ausreichend im Geistigen, in unserem Lebens- und Menschenverständnis, für das die Freiheit der Meinungsäusserung und der individuellen Entfaltung Grund-

werte sind, die wir uns unter keinen Umständen nehmen lassen? Es gibt ja nicht allein die natürlichen Landschaften, sondern auch geistige Landschaften, in denen wir nicht Luft, sondern die Freiheit und das Selbstwertgefühl atmen. Geht das alles im schönen Eifer um Natur- und Landschaftsschutz vergessen?

Der zitierte Satz «zerstörte Landschaften gefährden unseren Verteidigungswillen» liest sich harmlos und kann auch harmlos gemeint sein. In diese Isolierung im politischen Raum gestellt, kann er aber auch eine «umwerfende» Aussage bedeuten; eine solche, die eine Wertordnung «umwirft» und dazu das politische Selbstverständnis des Schweizlers gegenüber seinem Land und seiner staatlichen Gemeinschaft «gefährdet». Landschaften, möglichst unversehrte, Landschafts- und Naturreservate machen ein Land verteidigungswerter, wenn es schon wegen anderer Werte, die es auch gibt, verteidigungswert ist. Dieser schöne Landschaftseifer, der aus dem zitierten Satz spricht, ist ein Ueber-Eifer, wenn er die anderen Werte, die ein Land und eine menschliche Gemeinschaft und ihre Ordnungsformen verteidigungswert und -würdig machen, vergisst oder sie gering achtet. Jeder Ueber-eifer für einen kann andere Werte in Gefahr bringen!

E. W.



Für restriktive Ausländerpolitik

Die FDP unterstützt die Haltung der Landesregierung, die Stabilisierungspolitik bei Ausländern konsequent fortzuführen. Sie begrusst deshalb die vom Bundesrat vorgesehene beschränkte Freigabe von Arbeitsbewilligungen für Ausländer. Dies geht aus der Stellungnahme der Partei im Vernehmlassungsverfahren über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer hervor.

In ihrer Antwort betont jedoch die FDP, dass es auch in der gegenwärtig labilen Wirtschaftslage noch Regionen und Branchen gibt, die trotz der Situation auf dem Arbeitsmarkt auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind (z. B. Gesundheitswesen, Gastgewerbe). Es ist alles zu unternehmen, dass diese vielfach von der Rezession noch nicht oder nur in beschränkterem Umfang tangierten Wirtschaftszweige keine künstlich geschaffenen Schwierigkeiten in der Rekrutierung von Arbeitskräften in die Wege gelegt werden. Die FDP erwartet deshalb, dass die freigegebenen Bewilligungen für Saisoniers, Jahres- und Kurzaufenthalter interregional und branchenüberschreitend flexibel und den Bedürfnissen entsprechend zugeteilt werden. Es sollte dahin gewirkt werden, dass ein Kanton, in welchem sämtliche Bewilligungen ausgeschöpft sind und weitere Fremdarbeiter der in Frage stehenden Kategorie benötigt werden, bei anderen Kantonen, die ihre Kontingente nicht vollständig ausgeschöpft haben, vorübergehend nicht benutzte Bewilligungen erhalten.

Zustimmung zur Aenderung des Landwirtschaftsgesetzes

Mit der beantragten Aenderung des Landwirtschaftsgesetzes ist die FDP einverstanden, sofern damit keine einzelbetriebliche Bewirtschaftung importierter Futtermittel verbunden werden kann. Die Futtermittelinitiative lehnt die Partei aus ordnungs- und sachpolitischen Gründen ab. Eine einzelbetriebliche Bewirtschaftung der importierten Futtermittel, die letztlich zu einem Couponsystem führen müsste, wird in freisinnigen Kreisen als nicht verantwortbar, administrativ aufwendig und nicht zielkonform erachtet. Dies geht aus der Stellungnahme der FDP zur Revision des Landwirtschaftsgesetzes hervor.

Nach Ansicht der FDP bietet das bestehende Instrumentarium genügend

Möglichkeiten für eine wirksame Einschränkung der Futtermittelimporte. Es gilt lediglich, diese voll auszunutzen. Insbesondere könnte sich die Partei vorstellen, dass die Preiszuschläge auf importierten Futtermitteln markanter ausgestaltet würden. Die damit verbundenen Einnahmen könnten zur Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe (Klein- und Mittelbetriebe) verwendet werden. Ein derartiges Ausgleichssystem würde wesentlich dazu beitragen, dass die Futtermittelimporte reduziert und gleichzeitig die bäuerlichen Familienbetriebe vermehrt unterstützt und gefördert werden könnten.

Waffenartikel wird abgelehnt

Die FDP lehnt den Vorentwurf einer Verfassungsbestimmung über Waffen, Waffenzubehör und Munition ab. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, sollten die Kantone in der Lage sein, die Vorschriften zu koordinieren, wo es sich als notwendig oder wünschbar erweist und dafür den Weg der Konkordatslösung wählen.

Die FDP hält fest, dass sie das hohe Ziel, den Bürger besser vor Gewaltverbrechen zu schützen, als verfolgenswert erachtet. Sie befürwortet deshalb eine gezielte und restriktive Missbrauchsbekämpfung durch den Bund, ist aber der Auffassung, die entsprechenden Vorschriften könnten schon nach geltendem Recht erlassen werden. Zur Erreichung des Ziels lassen Bürger vermehrt vor Gewaltverbrechen zu schützen, sind nach Auffassung der Partei allenfalls auch gewisse Eingriffe in einen Bereich in Kauf zu nehmen, der für viele Schweizer eng mit der persönlichen Freiheit in Zusammenhang steht. Nicht unwesentlich scheint der Vor- auch der internationale Aspekt der Vorlage zu sein: Es kann nicht zugelassen werden, dass das Ausland die Schweiz als eine Art «Selbstbedienungsladen» für die Beschaffung von Waffen ansieht.

Die FDP kritisiert, dass mit den vorgeschlagenen, detaillierten Vorschriften Personen schikaniert und Tatbestände aufzuföhren werden, die nicht so einlässlich aufzuföhren sind. Die Frage des Waffenerwerbs und des Waffentragens ist weiterhin den Kantonen zu überlassen, da die Ausgangslage sehr verschieden ist. Für gewisse Teilpostulate — insbesondere für den Verbot von Waffen für ein Vergehen oder Verbrechen und für strengere Vorschriften für Ausländer — ist eine Bundeskompetenz erwünscht. Zunächst gilt es aber, die Möglichkeit abzuklären, ob die vorgesehene Bestimmungen nicht in das Strafgesetzbuch eingebaut werden können.

Der vorgeschlagene Verfassungsartikel reicht zudem als Grundlage für den vorgesehenen Gesetzesentwurf nicht aus; er sieht eine reine Missbrauchsbekämpfung vor, während der Gesetzesentwurf weiter geht. Praktische Schwierigkeiten ergeben sich nach dem Gesetzesentwurf vor allem bei der Umschreibung der bewilligungspflichtigen Waffen.

Mit freisinnigen Stadtpräsidenten im Gespräch:
Heute mit Urs Scheidegger

Stadt und Region Solothurn als Schicksalsgemeinschaft

Solothurn ist nicht nur eine historisch bedeutungsvolle Stadt, es ist auch Kantonshauptstadt und — dies vor allem — Mittelpunkt einer Region, die in jüngerer Zeit mehr als andere Regionen mit Problemen zu kämpfen hat. Das spürt auch Stadtamann Urs Scheidegger. Er profitiert andererseits davon, dass in Solothurn lebhafter als anderswo politisiert wird. Seine Aufgabe sieht er denn auch weniger darin, ein gutes Erbe zu verwalten, als vielmehr im Vermitteln neuer Impulse und im Versuch, auch mit knappen finanziellen Mitteln dem Bürger eine lebensfreundliche Stadt anzubieten. Mit Urs Scheidegger sprach Jörg Kiefer.

Sie sind ein junger Stadtpräsident, jung im Amt und jung an Jahren. Wie haben Sie sich in das Amt eingelebt?

Jung und alt sind immer relative Begriffe. In den letzten Jahren gab es in verschiedenen Schweizer Städten Stadtoberhäupter in meinem Alter. Wichtig scheinen mir die Erfahrungen, die man in ein solches Amt einbringen kann. Dazu darf ich feststellen, dass ich bereits um die 20 Jahre in verschiedensten Funktio-

Urs Scheidegger

Geboren 1943, verheiratet, ein Kind im Alter von einem halben Jahr. Lehre als Elektromechaniker in der Autophon AG, Solothurn, hierauf Abendgymnasium, Studium an der Uni Bern, Abschluss als Dr. rer. pol. Zunächst Mitarbeiter der «Solothurner Zeitung», dann Redaktor am «Bund», Leiter der Wirtschaftsredaktion, Gemeinderat der Stadt Solothurn ab 1977, 1981 Wahl zum Stadtamann.

nen mehr oder weniger stark politisch in der Stadt Solothurn tätig war als Journalist, in der Partei, in verschiedenen Kommissionen, im Gemeinderat, in der Gemeinderatskommission, als Wirtschaftsreferent des früheren Stadtammanns und schliesslich seit bald zwei Jahren als Stadtamann.

Die Politik kennt weder Einarbeitungszeiten noch Schonfristen. Da waren vom Tage der Wahl weg viele Personal- und Sachgelösung riefen und die keinen Aufschub zulassen. So stand ich denn vom ersten Tag an mitten in den aktuellen Geschäften, wobei für den Politiker ebenfalls gilt, was dem Piloten die oberste Maschine ist: Kurs und Horizont nicht aus den Augen verlieren.

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparrnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparrnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



Welches Problem beschäftigt Sie zurzeit am meisten?

Es sind verschiedene Probleme, die mich beschäftigen. Da sind einmal die kleinen Alltagsprobleme, die eigentlich recht zeitraubend sind. Auf der andern Seite sehe ich als Hauptzielsetzung der Politik der Ambassadorenstadt über die laufende Legislaturperiode hinaus einerseits die Konsolidierung der Finanzen und andererseits die Substanzförderung.

Als ich das neue Amt angetreten hatte, war mir bewusst, dass ich in Solothurn nicht Utopia schaffen könnte. Vielmehr geht es darum, auf dem Hintergrund der Realitäten zu arbeiten und die Stadt in kleinen Schritten kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Schritte müssen heute kürzer sein als in früheren Jahren. Natürlich ist der Spielraum klein. Er wird einerseits durch die finanzielle Situation und andererseits durch bestehende Bestimmungen, Reglemente und Gesetze abgesteckt. Keineswegs darf aber der kleine Spielraum zur Resignation führen. Vielmehr muss man versuchen, immer wieder neue Impulse zu setzen und Initialzündungen zu geben, damit sich die Stadt weiterentwickelt. Das knappe Geld ist eine echte Herausforderung: aus wenig möglichst viel zu machen; das gefällt mir.

Solothurn hat eine «ordentliche» Gemeindeorganisation. Sie präsidieren die Gemeindeversammlung, das oberste Organ, sodann den 30 Mitglieder zählenden Gemeinderat, die Gemeinderatskommission als dessen Ausschuss (7 Mitglieder) und sind schliesslich der Chef der Verwaltung. Wie bewältigen Sie alle diese Aufgaben?

Der Stadtamann hat nicht nur die erwähnten Aufgaben zu erfüllen, vielmehr kommen von Amtes wegen noch Verwaltungsratsmandate in der eigenen Bank, bei der Gesellschaft des Aare und Emmenkanals und der Solothurn-Zollikofen-Bern-Bahn hinzu; ferner präsidiert der Stadtamann auch die Werkkommission und zudem abwechselungsweise mit dem Stadtpräsidenten von Biel die gemeinderätliche Theaterdelegation des Städtebundtheaters Biel-Solothurn. Er ist ferner auch Vizepräsident der Regionalplanungsgruppe Solothurn und Umgebung.

Der Stadtamann hat insbesondere darauf zu achten, dass die grossen Linien innerhalb der Gesamtpolitik stimmen. Bezogen auf die Verwaltungstätigkeit beispielsweise: Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit, Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Effizienz, Arbeitsmotivation und -zufriedenheit.

Von meinem Vorgänger konnte ich ein Erbe antreten, das sich insbesondere durch eine intakte Verwaltungs- und Mitarbeiterschaft auszeichnet, die gewillt ist, an der Weiterentwicklung der Stadt konstruktiv mitzuwirken. Unsere Verwaltung ist effizient



und arbeitet ziemlich reibungslos. Sie braucht die Energie nicht für sich selbst, sondern für die Behandlung ihrer Aufgaben. Unsere Verwaltung ist für die Öffentlichkeit da und nicht umgekehrt.

Zur Verwaltung gesellt sich zudem ein dichtes Netz von Kommissionen, in welchen ebenfalls sehr tüchtig mit an der Zukunft unserer Stadt «gestrickt» wird.

Dieses intakte Gesamtgeflecht von positiv motivierten Chefbeamten, von leistungsfähiger Verwaltung, von eigendynamischen Kommissionen ermöglicht eine sinnvolle Delegation, mithin klare Führung.

Solothurn ist nicht nur Kantonshauptstadt mit einem historisch bedeutsamen Kern, sondern auch das Zentrum einer Region. Wie ist

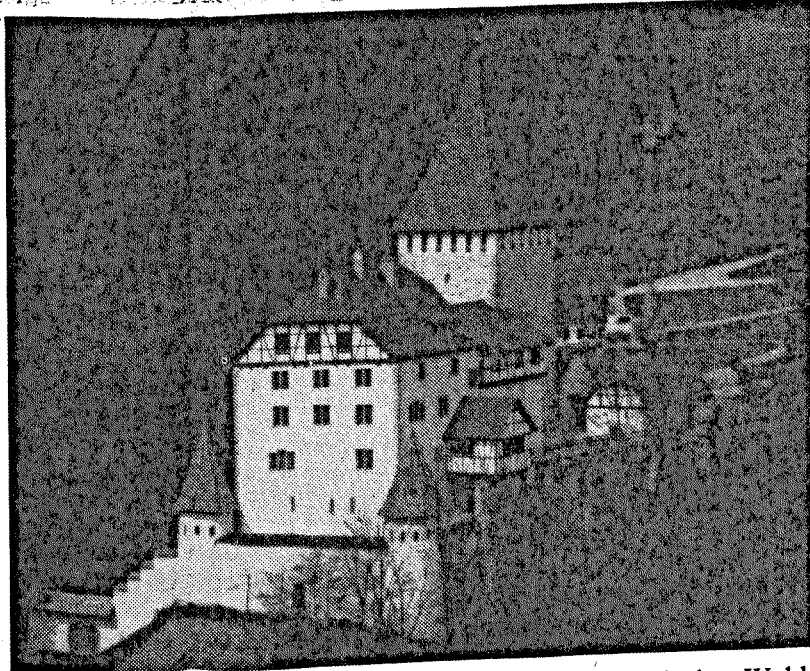
das Verhältnis zu den kantonalen Behörden, welche Stellung hat die Stadt als regionales Zentrum?

Das Verhältnis der Stadt Solothurn zum Kanton ist generell gut. Punktuell gibt es selbstverständlich unterschiedliche Ansichten zu verschiedensten Problemen. Ich pflege direkten Kontakt zu allen fünf Regierungsräten und zu verschiedenen für die Stadt wichtigen Verwaltungszweigen. Zudem habe ich eine jährlich mehrmals stattfindende Konferenz mit den städtischen Kantonsräten eingeführt, um unser politisches Gewicht im Kantonsrat wenn nötig zur Geltung zu bringen. Insgesamt erhoffen wir uns vom Kanton in Zukunft vermehrtes Verständnis für die Zen-

Fortsetzung auf Seite 4

Parteitag und ordentliche Delegiertenversammlung 1983 der FDP der Schweiz

Freitag/Samstag, 6./7. Mai, in Weinfelden



Die Anzeichen kündigen es an: 1983 ist ein eidgenössisches Wahljahr. Die Vorarbeiten laufen auch bei der FDP sowohl in programmatischer als auch in werblicher Hinsicht auf Hochtouren.

Was das Programm anbetrifft, hat die FDP der Schweiz ein zweistufiges Verfahren gewählt. In einer ersten Etappe wurden die «Grundsätze des modernen Liberalismus» ausgearbeitet und an der letztjährigen Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet. Diese lösten die Programmenthesen «Liberalismus heute», wie sie von der Delegiertenversammlung im Jahre 1973 gutgeheissen worden waren, ab. Auch in den «Grundsätzen des modernen Liberalismus» wird deutlich, welches das Ziel liberaler Politik ist: Eine Gesellschaft freier Menschen.

Seinen konkreten Niederschlag findet das neue Grundsatzprogramm in den «Zielsetzungen 83/87», die von der Programmkommission unter Leitung von Nationalrat Dr. Bruno Hunziker erarbeitet wurden. Diese aktuellen Postulate stehen an der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung zur Diskussion. Um eine einlässliche Debatte zu ermöglichen, haben wir bewusst sowohl den ganzen Freitagnachmittag, aber auch den zweiten Teil des Samstagvormittags für die Erörterung der «Zielsetzungen 83/87» freigehalten. So soll sichergestellt werden, dass eine offene Auseinandersetzung nicht an Zeitmangel scheitert.

Die Diskussion über die «Zielsetzungen 83/87» wurden zeitlich anberaumt auf Freitag, 6. Mai, von 14.30 Uhr (Beginn des Parteitages) bis ca. 18.00 Uhr; die Fortsetzung der Aussprache ist am Samstag, 7. Mai, um 10.30 Uhr vorgesehen. Am Samstag vormittag (09.15 Uhr) gelangen zudem die statutarischen Geschäfte (Berichterstattung über die Arbeit von Partei und Fraktion, Ersatzwahlen usw.) zur Behandlung.

Zum Parteitag und zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder mit beratender Stimme eingeladen. Detailprogramme können beim Generalsekretariat bezogen werden (Postfach 2642, 3001 Bern).

Lieber Leser

Kommt er, kommt er nicht? Das ist eine der zentralen Fragen, wenn nicht gar jene, die gegenwärtig am meisten die Öffentlichkeit beschäftigt. Die Rede ist vom Konjunkturfrühling. Die Prognosen lauten günstig, die Zuversicht steigt. Die Besserung ist, wenn auch teilweise noch vernebelt, in Sicht.

In den jüngsten Umfragen bei der Wirtschaft, wie etwa jener des Instituts für Wirtschaftsförderung an der ETH Zürich, wird deutlich, dass die Unternehmervorgaben positiv lauten. Aber auch in den Bulletins der Banken, die, wie eine Umfrage bei den obersten Kadern der heimischen Wirtschaft ergeben hat, bei den «Top-Managern» als eine der wichtigsten Informationsquellen in bezug auf die Belange der Wirtschaft gelten, wird der Konjunkturmehel nicht mehr in so düsteren Farben geschildert wie noch vor wenigen Monaten.

Auch wenn Produktion und Beschäftigung sich noch auf einem relativ tiefen Niveau befinden, wird eine Aufwärtsbewegung in fast allen Branchen konstatiert. Die Beschäftigungslage hat sich bereits — teilweise allerdings saisonbedingt — verbessert. Erfreuliches ist auch von der Preisfront zu melden, wo der Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise merklich gebremst werden konnte.

Ueber die Massnahmen, die der Bund zur Ankurbelung der Wirtschaft unternommen hat, wurde im «Freisinn» eingehend informiert. Ebenso wurden die teilweise unterschiedlichen Meinungen gegenüber den Massnahmen zum Ausdruck gebracht. Die vorliegende «Freisinn»-Ausgabe lässt neben dem Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), Fürsprecher Jean-Pierre Bonny, vier Vertreter aus unterschiedlichen Branchen zu Wort kommen, die aus ihrer Sicht die Konjunkturperspektiven aufzeigen. Es sind dies der neue Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), Robert A. Jeker, sowie Pierre Borgeaud, Präsident des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM) und Direktionspräsident der Sulzer Winterthur, Dr. Robert Ulrich, Direktor der Schweizerischen Gesellschaft für chemische Industrie, und der Direktor der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ), Walter Leu. Lesen Sie bitte auf Seite 5.

L. Beusch

Chr. Beusch

Platzt Ihre Fabrik aus allen Nähten? Dann helfen wir Ihnen, sozusagen nahtlos eine neue masszuschneiden.

Die Gesamtplanung lösen wir Schritt für Schritt mit allen dazugehörigen Dienstleistungen, wie z.B. Materialfluss- und Layout-Planung, Lagerplanung, Organisation, Bauplanung. Die schlüsselfertige Ausführung übernehmen wir mit Qualitäts-, Termin- und Kostengarantie. Für die Verbindung von Nahtstellen, die bei interdisziplinären Problemen immer entstehen, garantiert Geilinger als Planer und Generalunternehmer.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731

GEILINGER

Fortsetzung von Seite 3

trumsgemeinden, insbesondere für die Hauptstadt mit ihren wichtigen kulturellen und sozialen Aufgaben. Der Kanton darf die Stadt nicht noch mehr belasten. Er müsste Solothurn vielmehr, wie dies in andern Kantonen der Fall ist, entlasten.

Stadt und Region bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Das zeigt sich auch in Solothurn, wo ein dichtes Netz gegenseitiger Bezie-



Photos: Alois Winiger, «Solothurner Zeitung»

hungen zwischen Region und Zentrum besteht. Dazu mag ein einziges Zahlenverhältnis zur Illustration genügen: Solothurn weist 15 800 Arbeitsplätze auf. Diese Arbeitsplätze werden u. a. von 10 000 Arbeitszupendlern aus der weiteren und näheren Region belegt. Parallel mit der Zunahme dieser Arbeitszupendler ging der Rückgang der eigenen Bevölkerung. Damit erwachsen der Stadt einerseits grosse Lasten, andererseits fliesst der Steuerertrag in die Aussengemeinden.

Die Regionsgemeinden sind für einen sinnvollen regionalen Finanzausgleich, der einer Abgeltung der regionalen Leistungen des Zentrums gleichkommt, zu motivieren. Den Regionsgemeinden sind auf der andern Seite entsprechende frühzeitige Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen.

Sie haben eine starke Freisinnige Partei im Rücken, genau die Hälfte der Gemeinderäte sind freisinnig. Erleichtert das Ihre Arbeit? Wie kann die Freisinnige Partei ihre Stellung behaupten?

Der Stadtmann ist ja unter anderm das Haupt der vollziehenden Behörde. Als solcher darf er sich nicht nur einer Partei verpflichtet fühlen. Vielmehr ist er für alle da, auch vor allem für

jene, welche Politik und Parteien längst aus vielfältigen Gründen den Rücken gekehrt haben und welche die Parteikämpfe nur noch als Kämpfe in historischen Kostümen betrachten. Zwar ist die politische Abstinenz in der Stadt Solothurn noch nicht so gross wie andernorts; trotzdem gilt es auch bei uns, diesem Problem grosse Beachtung zu schenken. Die Stärke der eigenen Partei darf nie zu «Machtgelüsten» oder gar «Machtmissbrauch» führen. Es gilt, dieses Kräfteverhältnis vielmehr in positivem Sinne für die Gesamtstadtentwicklung zu nutzen. Zu erwähnen ist schliesslich auch, dass die FDP keineswegs einen monolithischen Block darstellt. Vielmehr ist ja die FDP Solothurn eine Volkspartei mit breiter Abstützung in verschiedensten Kreisen, und gerade dazu gilt es Sorge zu tragen. Und ein letztes: Stadtpolitik, die Politik, welche ein Stadtmann initiieren und durchführen muss, ist vor allem Sachpolitik.

Gedenken Sie auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene verstärkt aktiv zu werden?

Vorerst gilt es, vor den eigenen Toren noch einiges zu tun und anzupacken, so dass (unbesehen der politischen Chancen) weder eine Kandidatur im Herbst 1983 für ein Nationalrats- oder Ständeratsmandat in Frage kommt noch eine Kandidatur in zwei Jahren für den Kantonsrat, ganz abgesehen davon, dass mich das Amt des Stadtmanns durch die Breite der Aufgaben und die doch relativ direkte Wirkung sehr fasziniert. Wie sich die Situation in späteren Jahren zeigt, ist noch völlig offen.

Welches sind Ihre Hobbies, wie verbringen Sie die Freizeit?

Für Freizeit bleibt im Moment nicht viel Raum. Das geht schon allein aus der Tatsache hervor, dass ich im vergangenen Jahr nur ein Teil meiner Ferientage beziehen konnte. Mindestens die Hälfte aller Wochenenden sind durch verschiedene Anlässe blockiert. Das gilt ebenfalls für einen Grossteil der Abende. Aus der Zeit meiner Tätigkeit als Leiter der Wirtschaftsredaktion am «Bund» verbleiben mir im übrigen noch einige «Schreibschulden». Gerne verbringe ich die spärliche Freizeit mit meiner Familie, betreibe Sport, lese gerne Studien und Bücher aller Art.

OSTSCHWEIZ

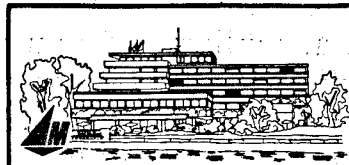
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Muss-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-2320 Arbon Tel. 071 48 35 35 Telex 77247 Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen
Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

Liegenschaften-Probleme?
Sprechen Sie mit uns - der Schritt zur richtigen Lösung.

Spaltenstein

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00



St. Jakobkellererei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Politiker

im öffentlichen Leben sehr bekannt, eine feine, liebenswürdige, tadellose Persönlichkeit, würde sich ausserordentlich glücklich schätzen, die passende Ehefrau an seiner Seite zu haben. Sind Sie, liebe Dame, etwa 52-58 Jahre alt, damaenhaft und natürlich wie unkompliziert, dann setzen Sie sich bitte mit uns vertrauensvoll in Verbindung.

Introduction
EHE-PARTNERWAHLINSTITUT SEIT 1956
Frau M. Th. Kläy
3001 BERN/Neuengasse 45/Tel. 031/22 21 12
Überregional/International
Kein Vertreterbesuch
FIFDPINTRO



Ihre Privatbank

für internationale Handelsgeschäfte und Vermögensverwaltung
BANK FÜR HANDEL UND EFFEKTEN
Talacker 50, 8039 Zürich
Telefon (01) 211 46 90
FIFDP70081

Wir sind 3 Damen
und wir wollen nichts anderes, als so vielen Einsamen wie möglich helfen, den richtigen Partner zu finden.
Wir sind vielerorts anzutreffen:
In Bern (Hauptsitz), Zürich, Basel, Ostschweiz, Tessin, Lausanne, Genéve.
Wir geben gerne Auskunft.
Introduction
Das Ehe- und Partnerwahlinstitut für Anspruchsvolle seit 1956
Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Tel. (031) 22 21 12 od. 22 08 39
Beziehungen zur BRD, Austria, Skandinavien sowie USA, Kanada, Australien.
Staatlich eingetragen.
Kein Vertreterbesuch.

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.
KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

Spross
Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG
Zürich 01-4 62 62 62

HOTEL OLIVELLA
Restaurants
«La Voile d'Or» und «Oliva»
Bar al Lago - Hotel-Bar - Pianist
Freiluftbad - Lido direkt am See
Hallenbad - Sauna - Massage
Wasserski - Boote - Windsurfing
Kindergarten mit Betreuung
Kongress-Tagungs- und Bankettäume
Für weitere Auskünfte und Reservationen:
Hotel Olivella, CH-6922 Morcote, Lago di Lugano
Tel. 0041 91 69 17 31, Tx 79 535
Dir. Manfred und Christina Hörger

Spanlose Verformung
VonDach+Co
Metallwarenfabrik - 3250 Lyss
Beratung - Konstruktion - Eigener Werkzeugbau
Tel. 032 84 27 42

«Freisinn»-Umfrage zur Wirtschaftslage

Kommt der Aufschwung in Gang?

Stehen wir vor einem Konjunkturfrühling? Eine Frage, die sich — wie unsere «Freisinn»-Umfrage zeigt — noch nicht abschliessend beurteilen lässt. Immerhin beginnt die Konjunktur wieder Tritt zu fassen. Ob allerdings die sich anzeigenden Erholungsbedeutungen im Frühling übliche Besserung widerspiegelt oder bereits das Ende der Rezession signalisiert, wird erst die Zukunft zeigen.

Auch in der Schweiz deuten verschiedene Indikatoren auf eine anziehende Wirtschaftstätigkeit hin. Fast durchwegs zeigen die Produktionserwartungen ansteigende Tendenz, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass von Bran-

che zu Branche weiterhin deutliche Unterschiede bestehen. «Der Freisinn» wollte vom Direktor des Biga und von vier Wirtschaftsexponenten wissen, wie sie die Zukunft beurteilen. Hier ihre Antworten:

Bonny: Interessante Entwicklungsphase



Pressesprecher Jean-Pierre Bonny, Direktor Biga

Im Frühjahr 1983 befindet sich die schweizerische Wirtschaft in einer mehrfachen Beziehung in einer interessanten Entwicklungsphase. Ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem drei Problembereiche hervorheben.

Konjunkturelle und strukturelle Faktoren

Bei der Beurteilung der möglichen künftigen Wirtschaftsentwicklung wird die Differenzierung zwischen konjunkturellen und strukturellen Faktoren von grosserer Bedeutung. Die konjunkturellen Indikatoren in den beiden für uns wichtigsten Abnehmerländern Bundesrepublik Deutschland und USA lassen sich positiv signale aufleuchten. Zu Euphorie ist allerdings noch kein Anlass. Immerhin darf man gerechnet werden, dass mit der üblichen zeitlichen Verzögerung die verbesserte Nachfragesituation sich in unserer Exportwirtschaft manifestieren wird. Eine gewisse Verbesserung der Konjunkturlage wird aber — das scheint mir entscheidend zu sein — unsere strukturellen Schwierigkeiten in den verschiedenen Produktions- und -regionen zur Überwindung der strukturellen Situation sind daher fortzusetzen.

Borgeaud: Durststrecke für die schweizerische Maschinenindustrie

Seit längerer Zeit setzen die Wirtschaftsprognostiker jeweils zu Beginn des Jahres den schnellsten erwarteten Wiederaufschwung auf die zweite Hälfte des gleichen Jahres an. Mehr als einmal sind diese Erwartungen nicht erfüllt worden. Deshalb ist es verständlich, wenn manche Leute derartiges Vorhersagen unterdessen mit Skepsis begegnen. Nun mehrten sich allerdings — diesmal auf Grund konkreter Indikatoren — die Meldungen, der wirtschaftliche Wiederaufschwung in Europa und den USA habe bereits begonnen. Das ist erfreulich und für die

zen. Ich denke insbesondere an die Notwendigkeit, dass der Restrukturierungsprozess nicht beinträchtigt werden darf, ich denke aber auch an flankierende Massnahmen in Bereichen, wo die marktwirtschaftlichen Korrekturen nicht greifen.

Psychologische Aspekte

2. In der jetzigen Phase kommt den psychologischen Aspekten eine besondere Rolle zu. Auch wenn die statistischen Daten im Bereich unserer Wirtschaft zurzeit noch keineswegs zufriedenstellend sind, so hat sich die Stimmung in der Wirtschaft doch etwas verbessert. Diese bessere Stimmung darf man nicht über-, aber auch nicht unterschätzen. Dank dem positiveren Erwartungsklima nimmt die Bereitschaft der Wirtschaft, neue Investitionen zu tätigen (nicht nur Rationalisierungsinvestitionen), erfreulicherweise zu.

Beschäftigungs- und Ertragslage

3: Die unter Ziffer 1 und 2 aufgezeigten Sachverhalte dürften sich auch auf die Beschäftigungslage auswirken. Ich rechne damit, dass vor allem in der zweiten Jahreshälfte die Rückbildung der konjunkturell indizierten Kurzarbeit rascher vor sich gehen wird als die Ganzarbeitslosigkeit. Wegen der weiterhin bestehenden strukturellen Probleme wird sich die Ganzarbeitslosigkeit nur zögernd abbauen. Wenn unsere Annahme zutrifft, dass sich ein — allerdings sehr vorsichtiger — Optimismus insbesondere ab zweiter Jahreshälfte 1983 rechtfertigen lässt, dann wird es von essentieller Bedeutung sein, dass wichtige Teile unserer Wirtschaft diese Erholung nutzen können, um ihre Ertragslage zu verbessern. Nur so werden wir mittel- und langfristig über die Runden kommen. Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt: «Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.» Auch das gibt es: ein freisinniges Wort eines sozialdemokratischen Politikers.

schweizerische Maschinenindustrie entscheidend, setzt sie doch zwei Drittel ihrer Produktion im Ausland und davon den mit Abstand grössten Teil in den beiden erwähnten Wirtschaftsräumen ab.

Warnung vor Euphorie

Ein Hauptgrund der aktuellen Probleme unserer Branche liegt denn auch in der weltweit zu beobachtenden Investitionsflaute. Die neuerdings positiven Nachrichten aus dem Ausland sollten andererseits nicht zu Euphorie verleiten. Tatsache ist einmal, dass die weltweiten Kapazitäten völlig



Pierre Borgeaud, Direktionspräsident Suter Winterthur, Präsident Verein schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM)

ungenügend ausgelastet sind. Damit geht ein Aufschwung nicht unmittelbar mit neuen Bestellungen einher. Zweitens ist daran zu erinnern, dass die Schweiz zwar erst mit Verzögerung auf einen Abschwung im Ausland reagiert, dies aber auch für den umgekehrten Fall Gültigkeit hat.

Damit wird sich die Beschäftigung in der Maschinenindustrie — die übrigens im Vergleich mit der ausländischen Arbeitslosigkeit keinerlei Anlass zur Krisenstimmung bietet — nicht unmittelbar verbessern. Im Gegenteil: der schwache Geschäftsgang dauert nun schon so lange an, dass da und dort auch 1983 personelle Konsequenzen unausweichlich sind, sei es in bezug auf Kurzarbeit oder in gewissen Fällen mit Blick auf einen Personalabbau. Man wird sich wohl oder übel damit abfinden müssen, dass Zeiten wie jene vor 1974 der Vergangenheit angehören und die Unternehmen heute und in Zukunft mit wesentlich härteren Bedingungen konfrontiert sein werden als früher.

Lehren ziehen

Das gehört unter anderem zu den Lehren, die aus den beiden Konjunkturreinbrüchen innerhalb der letzten zehn Jahre gezogen werden müssen. Auf der andern Seite ist die schweizerische Maschinenindustrie überzeugt, insgesamt mit guten Voraussetzungen an die Bewältigung der vor ihr liegenden Probleme heranzugehen zu können. Das betrifft sowohl den Anschluss an die technische Entwicklung, der keineswegs verpasst worden ist, als auch die laufende Überprüfung des Produktsortiments im Blick auf die Markterfordernisse, die Ausbildung des Personals und die Vorzüge des Standortes Schweiz. Es ist bezeichnend, dass unsere Industrie

Jeker: Konjunkturhimmel hellt sich etwas auf

Im Gegensatz zu 1982 hellt sich im laufenden Jahr der internationale Konjunkturhimmel etwas auf. Unter anderem wirken sich die reduzierten Energiekosten und Sollzinsen positiv aus. In den Vereinigten Staaten ist der Aufschwung in Gang gekommen, und auch in Europa und Japan haben die Besserungstendenzen deutlichere Konturen gewonnen. Dass die feststellbaren Zuwachsraten nicht höher ausfallen, mag manchen enttäuschen. Für mich persönlich ist jedoch ein ruhiger, aber steter Konjunkturaufschwung den Bocksprüngen der letzten Zyklen vorzuziehen. Nur so werden die mühsam errungenen Erfolge an der Teuerungsfrent zu bewahren sein.

Auch unser auslandabhängiges Land wird von der konjunkturellen Erholung profitieren. Der von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich berechnete Sammelindex vorlaufender Indikatoren zeigt bereits seit dem Herbst nach oben. Auch bessert sich der Geschäftsgang in Industrie und Detailhandel weiter. Ebenso zieht der Auftragseingang im Exportsektor neuerdings leicht an. Ent-

Freisinn und Umweltschutz

Arbeitstagung, Samstag, 25. Juni 1983, 10 bis 16 Uhr, Kursaal Bern

Zur Diskussion stehen folgende Fragen:

- **Wie ernst ist die Bedrohung unserer Umwelt?**
Zu dieser für ein sachliches Gespräch grundlegenden Frage werden sich einleitend Prof. W. Stumm, Direktor der EAWAG Dübendorf und Nationalrat G. Pettipierre, Prof. für Rechtswissenschaft an der Universität Genf, äussern.
- **Ist die Marktwirtschaft umweltfeindlich?**
Mit ihren Vor- und Nachteilen im Blick auf die Bewältigung ökologischer Probleme befasst sich die Arbeitsgruppe I unter dem Vorsitz von Prof. P. Tschopp, Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Genf und Präsident der Genfer Kantonalpartei.
- **Bringen das Umweltschutzgesetz und andere Erlasse der Industrie, dem Gewerbe und dem Fremdenverkehr unzumutbare Lasten?**
Darüber wird man sich in der Arbeitsgruppe II unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. P. Wyss, Direktor der Basler Handelskammer, unterhalten.
- **Was kann angesichts der Umweltprobleme «weniger Staat» heissen?**
Um das Begriffspaar Eigenverantwortung und Staat wird die Diskussion in der von Dr. Th. Pfisterer, Verwaltungsgerichtspräsident, Aarau, geleiteten Arbeitsgruppe III kreisen.
- **Wo drückt in der Schweiz der ökologische Schuh am meisten?**
Die im eigenen Land dringendsten Umweltprobleme sind das Thema der Arbeitsgruppe IV, die Dr. R. Stüdeli, Direktor der Schweiz. Vereinigung für Landesplanung, leiten wird.
- **Was kann und soll die FDP für den Umweltschutz tun?**
Diese Frage haben wir als Thema für das Panelgespräch am Schluss der Tagung gewählt. Unter der Leitung von Nationalrat Dr. F. Auer werden diskutieren: Nationalrat H.-R. Früh, Zentralpräsident des Schweizerischen Drogistenverbandes, Nationalrätin E. Kopp, Dr. R. Müller-Wenk und Dr. B. Wehrli, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz.

Programm

10.00–10.15	Begrüssung (W. Schiesser, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz)
10.15–10.55	Wie ernst sind unsere Umweltprobleme? (Prof. W. Stumm, Direktor der EAWAG, Dübendorf)
10.55–11.15	Protection de l'environnement et politique (Nationalrat Prof. G. Pettipierre, Genf)
11.15–11.30	Pause
11.30–13.00	Gruppenarbeit I
13.00	Mittagsverpflegung
ab 13.45	Gruppenarbeit II (Freie Zirkulation zwischen den Arbeitsgruppen, Beantwortung von Fragen durch Fachleute und Politiker)
14.45–15.00	Pause
15.00–15.15	Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen
15.15–15.55	Schlusspanel: Was kann und soll unsere Partei für den Umweltschutz tun?
nach 16.00	Open End: Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Experten, Behördenvertretern und Parlamentariern.

- Den angemeldeten Teilnehmern werden rechtzeitig die Tagungsunterlagen zugestellt.
- Ansprachen und Voten im Plenum werden simultan übersetzt.
- Diskussion in den Arbeitsgruppen Deutsch und Französisch.
- Die Tagung richtet sich an ein doppeltes Zielpublikum: einerseits an jene Freisinnigen, die ein vermehrtes Engagement ihrer Partei in Fragen des Umweltschutzes wünschen, andererseits an Mitglieder, die eher ein Zuviel als ein Zuwenig befürchten.
- Gemeinsam wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir Freisinnige uns ernsthaft und kompetent mit den Umweltfragen befassen und nicht bereit sind, diesen wichtigen Problembereich roten und grünen Ideologen zu überlassen.

Anmeldung

Name: _____

Adresse: _____

meldet sich zur Arbeitstagung «Freisinn und Umweltschutz» an.

Teilnahme in der Arbeitsgruppe Nr. _____ oder Nr. _____

Anmeldetalon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach 2642, 3001 Bern, senden.

— bei einem absolut zwar kleiner gewordenen «Kuchen» — ihre relative (und nicht unbedeutende) Stellung auf den Weltmärkten bisher halten konnte.

sprechend zeigen die Produktionserwartungen in der Industrie gesamthaft ansteigende Tendenz.

Unterschiede von Branche zu Branche

Von Branche zu Branche bestehen jedoch weiterhin deutliche Unterschiede. Gibt sich die Maschinen- und Apparateindustrie



Robert A. Jeker, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt

eher zurückhaltend, so sprechen die Metallbranche sowie die chemische Industrie von Besserungstendenzen. Auch in den konsumnahen Industrien sind positive Entwicklungen auszumachen, zumal die Verbrauchernachfrage durch die verlangsamte Teuerung und die dadurch erhöhte Realkaufkraft der Löhne begünstigt wird. Dagegen geben die inländischen Ausrüstungs- und gewerblichen Bauinvestitionen weiterhin, während der Wohnbau allmählich Tritt zu fassen scheint.

Noch Geduld erforderlich

Ob die Erholung lediglich die im Frühling übliche saisonale Besserung widerspiegelt oder bereits das Ende der Rezession signalisiert, wird freilich erst die Zukunft zeigen. Alles in allem dürfte 1983 von der Schweizer Wirtschaft noch einige Geduld erfordern. Dies gilt auch für die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo sich der Abbau der im internationalen Vergleich allerdings sehr bescheidenen Zahl der Ganzarbeitslosen nur langsam vollziehen wird. Immerhin scheint die Kurzarbeit ihren Höhepunkt im 4. Quartal 1982 überschritten zu haben. Zweifellos hat die Bereitschaft der Arbeitnehmer, bei den Lohnverhandlungen der angespannten Wirtschaftslage Rechnung zu tragen, einen stärkeren Beschäftigungseinbruch verhindern helfen. Was die Lehren anbelangt, die es aus dem jüngsten Konjunktur-

einbruch zu ziehen gilt, so hat sich deutlich gezeigt, dass ein rechtzeitiges Bekämpfen der Inflation die Rezession wesentlich zu mildern vermochte. Zweitens hat sich die vielgestaltige Struktur der Schweizer Wirtschaft insgesamt bewährt. Der Strukturwandel, den die dramatischen Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung erzwingen, muss unbehelligt von verzerrenden Eingriffen weitergehen. Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Finanzplatz Schweiz als starke Stütze

Im speziellen hat sich der Finanzplatz erneut als eine starke Stütze unserer rezessionsgeplagten Industrie erwiesen. Ohne die reichlichen Finanzmittel zu günstigen

Konditionen hätte die Exportwirtschaft ihre Marktanteile ungleich schwerer behauptet, und die Wohnbautätigkeit läge noch immer darnieder. Mit Genugtuung haben wir Bankiers denn auch zur Kenntnis genommen, dass die Öffentlichkeit die Verdienste der Finanzinstitute in der Rezession wieder vermehrt würdigte.

Zusammenfassend darf wohl behauptet werden, dass diejenigen am ehesten mit einem Konjunktüreinbruch fertig werden, die bereits während der «fetten Jahre» für die «mageren Zeiten» vorgesorgt haben und nicht erst mitten in der Krise das Haus in Ordnung bringen wollen. Für kluges Haushalten hat das liberale, marktwirtschaftliche Denken schon immer die besten Rezepte geliefert.

Leu: Schweizer Tourismus sieht nicht schwarz

Für den Schweizer Tourismus sehen wir bei der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ), die sich mit der touristischen Information und Werbung zugunsten unseres Landes befasst, für 1983 und die kommenden Jahre nicht schwarz, was die Zahl der touristischen Uebernachtungen betrifft. Allerdings wird man in den touristischen Betrieben, wie bis anhin, beachtliche Erneuerungsinvestitionen tätigen müssen, und auf dem Gebiet der touristischen Werbung und Information werden bedeutende Anstrengungen nötig sein, um sich gegen die ausländische Konkurrenz behaupten zu können.

Weniger günstig sieht zurzeit die Prognose der Entwicklung der Ertragslage der touristischen Betriebe aus. Damit meinen wir nicht nur das Gastgewerbe, sondern auch die touristischen Transportanlagen, die Sportbetriebe sowie die hauptsächlich auf den Tourismus ausgerichteten Geschäfte und natürlich alle Zulieferer dieser Unternehmen. Die harte internationale Konkurrenz übt einen merklichen Druck auf die Preise aus; andererseits sind Gewinne nötig, um Erneuerungsinvestitionen vornehmen und damit konkurrenzfähig bleiben zu können. Verlust der Investitionsfähigkeit bedeutet letztlich Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Begründung der Erwartungen

In der Schweiz wurden 1982 rund 76,5 Millionen touristische Uebernachtungen registriert, somit das zweitbeste Ergebnis nach dem Rekordjahr 1981. Allerdings mussten wir 1982 ins Gewicht fallende Einbussen verzeichnen: rund 9% oder 1,5 Millionen weniger Uebernachtungen von Gästen aus der BRD, rund 24% oder 700 000 Uebernachtungen weniger von Gästen aus Belgien und eine Abnahme von 14% oder 600 000 Uebernachtungen bei den Gästen aus Holland. Diese Abnahmen konnten nur zum Teil wettgemacht werden durch die Zunahmen der Uebernachtungen der Gäste aus Grossbritannien (+200 000 oder +9%), den USA (+300 000 oder +16%) und Asien insgesamt (+150 000 oder +11%).

Die Zusammensetzung unserer Gäste nach Herkunft hat sich in den letzten zehn Jahren nicht



Walter Leu, Direktor der Schweizerischen Verkehrszentrale (SVZ)

stark verändert. Gesamthaft gesehen waren je rund die Hälfte der Uebernachtungen den Gästen aus dem Ausland und den Gästen aus der Schweiz zuzuschreiben. Nach Kontinenten gesehen stammten jeweils rund 90% der Gäste aus Europa (inklusive Schweiz), insbesondere aus den stark industrialisierten Ländern. In diesen Ländern liegt die Reiseintensität seit einigen Jahren bei oder über 50%. Das heisst, dass die Hälfte oder mehr der Bevölkerung dieser Länder pro Jahr mindestens eine Ferienreise mit vier oder mehr Uebernachtungen unternimmt. Die Gewohnheit, in die Ferien zu fahren, hat in diesen Ländern so fest Fuss gefasst, dass nur bei einer ganz drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage auf die Ferienreise verzichtet würde.

Allerdings ist es durchaus möglich — und in der Vergangenheit auch schon eingetreten —, dass ein beachtlicher Teil unserer po-

Ulrich: Mit Zuversicht in die Zukunft

Obwohl es auch in der chemischen Industrie keineswegs an Problemen fehlt, darf sie bei ihrer Lagebeurteilung doch von der Ueberzeugung ausgehen, dass ihre Erzeugnisse heute ein notwendiger Bestandteil des modernen Lebens sind. Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Farbstoffe usw. erhöhen nicht nur die Lebensqualität, sondern sie sind geradezu Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung.

So erheischt z. B. die weiterhin zunehmende Weltbevölkerung

tentiellen Gäste bei einer Verschlechterung der Einkommensverhältnisse einen billigeren Ferienaufenthalt sucht. Wir müssen deshalb in der Lage sein, nicht nur mit Slogans, sondern mit einer Fülle von ganz konkreten Angaben die Preiswürdigkeit der Schweizer Ferien immer wieder unter Beweis zu stellen; die SVZ beantwortet übrigens pro Jahr über eine Million Anfragen!

Eine möglichst gute Auslastung der touristischen Betriebe ist nötig, damit die anfallenden Fixkosten auf so viele Gäste wie möglich verteilt werden können. Sinkt die Zahl der Gäste, müssten die Preise über kurz oder lang um mehr als die allgemeine Teuerung erhöht werden, was uns einen gewichtigen Angebotsnachteil einbringen würde.

Auswirkung auf die Beschäftigung

Im Schweizer Fremdenverkehr sind in der Hochsaison rund 250 000 Menschen beschäftigt. In den verschiedenen Sparten der Branche, insbesondere im Gastgewerbe, haben in den letzten Jahren viele Arbeitnehmer Stellen gefunden, die in ihrem ursprünglichen Beruf keine Verdienstmöglichkeit mehr hatten. Das Gastgewerbe stellt zahlreiche Lehrstellen zur Verfügung, die sich vorzüglich für junge Leute eignen, die keinen rein kaufmännischen oder technischen Beruf ergreifen und trotzdem eine Laufbahn einschlagen möchten, die interessante Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Auch dies belegt, wie wichtig der Fremdenverkehr als Branche für die Schweizer Wirtschaft ist. Dazu kommt, dass zwei Drittel der touristischen Uebernachtungen und der Hauptanteil des Ausflugsverkehrs in den Randgebieten unseres Landes verzeichnet werden, was die Bedeutung für die Erhaltung des Berggebietes aufzeigt. In strukturgeschwächten Gegenden kann der Tourismus andere Branchen teilweise substituieren.

Erfahrungen aus der derzeitigen Entwicklung

Bekanntes wurde bestätigt: Die touristische Landeswerbung und Information muss kontinuierlich sein, man kann damit nicht erst in Krisenzeiten einsetzen. Grosse traditionelle Märkte dürfen nicht zugunsten exotischer Zusatzmärkte vernachlässigt werden. Der Gast muss gepflegt werden; Stammkunden sind treuer, der zufriedene Gast ist unsere beste Werbung. In anderen Worten: Vor der Werbung kommt die Leistung; die gute Leistung, sie allein bringt uns weiter!

eine steigende Nahrungsmittelproduktion und einen besseren Schutz der Ernten, beide Aufgaben, die ohne chemische Hilfsmittel nicht zu lösen sind. Nicht weniger bedeutungsvoll sind die Medikamente, die heute im Kampf gegen eine Reihe von Krankheiten nicht mehr wegzudenken sind.

Aber auch in der industriellen Anwendung haben sich die Erzeugnisse der chemischen Industrie eine feste Position erobert. Man stelle sich z. B. nur vor, wie



Dr. Rudolf Ulrich, Direktor Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie

eintönig die Welt ohne Farbstoffe aussähe. Oder man versuche, sich den Alltag einmal ohne Kunststoffe vorzustellen.

Beschäftigungsresistente chemische Industrie

Die chemische Industrie ist, mit anderen Worten, davon überzeugt, dass sie über eine gefragte, attraktive Produktpalette verfügt, wofür — auch international betrachtet — noch ein bedeutendes Marktpotential besteht. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich unsere Industrie dank nicht nachlassenden Forschungsanstrengungen an der Spitze des internationalen Fortschritts halten kann. Es ist doch bemerkenswert, dass zurzeit 54% aller von der schweizerischen Industrie getätigten Forschungsausgaben auf die Chemie entfallen.

Die Anzahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Personen liegt bei etwas über 60 000, und dieser Bestand ist in den vergangenen Jahren relativ stabil geblieben. Wenn auch für die multinational tätigen Firmen aus Gründen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, die Expansion eher verstärkt im Ausland erfolgen wird, bleibt es doch das Bestreben jeder schweizerischen Gesellschaft, unser Land als zentralen Standort für Produktion und Forschung beizubehalten. Auffällige Entwicklungen in der Beschäftigungssituation der chemischen Industrie sind deshalb weder auf die eine noch auf die andere Seite zu erwarten.

Selektiv tangiert

Die weltweite Rezession hat die chemische Industrie selektiv getroffen. Am stärksten in Mitleidenschaft gezogen wurden jene Bereiche, deren Abnehmerindustrien ihrerseits erhebliche Nachfrageeinbrüche zu verzeichnen hatten, wie z. B. die Automobilindustrie, die Textilindustrie oder die Bauwirtschaft. Gewissermassen als Sekundärwirkung der weltweiten konjunkturellen Schwierigkeiten macht unserer Branche, die rund vier Fünftel ihrer Produkte exportiert, der zunehmende Protektionismus zu schaffen. Zu Besorgnis Anlass gibt auch die schwierige Verschuldungslage einer immer grösser werdenden Zahl unserer Abnehmerländer.

Mindestens so schwerwiegend wie konjunkturelle Einbrüche sind jene Faktoren, welche die Ertragskraft und damit die Selbstfinanzierung der Branche schmäl-

Fortsetzung von Seite 1

Wohlfahrt, des Unterrichts und der Forschung. Erst mit Sparmassnahmen, einem Personalstopp und vier vom Volk angenommenen Sparpaketen wurde dieser Entwicklung Einhalt geboten. Der Bund will seine Sparanstrengungen vor allem zulasten der Kantone und Gemeinden fortsetzen, so mit einem Anschlussprogramm und dem Aufgabenneuverteilungspaket.

Widerstände

Es ist jedoch nicht so, dass Kantone und Gemeinden sich im Vergleich zum Bund in einer wesentlich vorteilhafteren finanziellen Lage befinden. Die Gemeinden sind mit 27 Milliarden Franken höher verschuldet als die Kantone mit 23 Milliarden oder der Bund mit 20 Milliarden. Im übrigen werden auch ohne Entflechtung neue Aufgaben auf die Gemeinden zukommen, so auf den Gebieten des Umwelt- und Landschaftsschutzes und der Energie.

Es versteht sich von selbst, dass Kräfte am Werk sind, die sich gegen die vollständige Entflechtung stemmen. Hier wäre das Beharrungsvermögen der Parteien und der Widerstand verschiedenster Interessengruppen zu nennen. Aber auch die finanzschwachen Kantone und Gemeinden dürften sich zu Wort melden. Ihnen steht eine Sonderbehandlung in Form einer Verstärkung des direkten, nicht zweckgebundenen Finanzausgleichs zu.

lern. Dazu gehören z. B. staatliche Preiseingriffe — vor allem auf dem Medikamentensektor —, die eine Ueberwälzung der ständig steigenden Kosten verhindern. Ertragsschmälernd wirken sich auch die Bestrebungen vieler Staaten aus, sich um eine angemessene Abgeltung für den beträchtlichen Forschungsaufwand und den Transfer von Know-how zu drücken.

Abhängig von den Weltmärkten

Mit ihrer ausgeprägten Exportorientierung ist die schweizerische chemische Industrie in einem Masse von der Entwicklung auf den Weltmärkten abhängig, dass die dort auftretenden Schwierigkeiten auch durch noch so gut gemeinte binnenwirtschaftliche Ankerbelangmassnahmen weder kompensiert noch überspielt werden können. Unabdingbar in dieser Situation sind hingegen möglichst günstige Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Das ist beileibe kein blosses Schlagwort, wenn man an die steigende Zahl staatlicher Vorschriften denkt.

Die bisher erbrachten Leistungen berechtigen die schweizerische chemische Industrie, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Wenn man ihr einen genügenden unternehmerischen Handlungsspielraum lässt, wird sie in der Lage sein, sich mit Erfolg den internationalen wirtschaftspolitischen und wissenschaftlich-technischen Herausforderungen zu stellen.

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

J.VONTOBEL & CO.

Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306



Wir wollen von Ihnen wissen, was Sie von der FDP halten

Wir möchten aber auch wissen, was Ihre Freunde, Bekannten sowie Ihnen bekannte politisch Andersdenkende von der FDP halten. Wir haben einen Fragebogen mit provokativen Aussagen zusammengestellt. Dürfen wir Sie bitten, diesen auszufüllen und an das FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, zu senden. Für Ihre Mitarbeit sind wir Ihnen zu Dank verpflichtet. Sie können uns den Talon mit oder ohne Absender zustellen.

So sind wir ...

Nach meiner Meinung ist die Politik der FDP (mehrere Antworten möglich):

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> fortschrittlich | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfreundlich |
| <input type="checkbox"/> rückständig | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfeindlich |
| <input type="checkbox"/> liberal | <input type="checkbox"/> staatsfreundlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfreundlich | <input type="checkbox"/> freiheitsfreundlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfeindlich | |

Die politische Haltung der FDP ist (zutreffendes bitte unterstreichen):

zu links/links/in der Mitte/rechts/zu rechts

Bitte beurteilen Sie auf folgenden Gebieten das Engagement der FDP (zutreffendes bitte unterstreichen)

- | | |
|---------------------------|---------------------------------|
| Umweltschutz | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Arbeitsplatzsicherung | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Teuerungskämpfung | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Prosperierende Wirtschaft | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Recht und Ordnung | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Soziale Sicherheit | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Persönliche Freiheit | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Weniger Staat | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Bundesfinanzen | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Sparen beim Bund | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Stärkung des Föderalismus | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Landesverteidigung | zu stark/genau richtig/zu wenig |

Darüber hinaus engagiert sich die FDP auf folgenden Gebieten zu viel:

bzw. zu wenig:

Die FDP setzt sich Ihrer Auffassung nach ein für:

- | | |
|-----------------------|---------------------------------|
| Junge | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Mittelstand | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Alte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Frauen | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Angestellte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Unternehmer | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Arbeiter | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Sozial Benachteiligte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Beamte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Freierwerbende | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Landwirte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Gewerbetreibende | zu stark/genau richtig/zu wenig |

... und das sagen die anderen über uns

Das war Ihre eigene Meinung, nun möchten wir wissen, was Ihre Freunde, Bekannte sowie Ihnen bekannte politisch Andersdenkende mehrheitlich von der FDP halten, wie sie sich über die FDP Ihnen gegenüber äussern.

Nach ihrer Meinung ist die Politik der FDP (mehrere Antworten möglich):

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> fortschrittlich | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfreundlich |
| <input type="checkbox"/> rückständig | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfeindlich |
| <input type="checkbox"/> liberal | <input type="checkbox"/> staatsfreundlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfreundlich | <input type="checkbox"/> staatsfeindlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfeindlich | |

Die politische Haltung der FDP beurteilen sie wie folgt (zutreffendes bitte unterstreichen):

zu links/links/in der Mitte/rechts/zu rechts

Das Engagement der FDP wird auf diesen Gebieten von meinen Bekannten wie folgt beurteilt:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> fortschrittlich | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfreundlich |
| <input type="checkbox"/> rückständig | <input type="checkbox"/> arbeitnehmerfeindlich |
| <input type="checkbox"/> liberal | <input type="checkbox"/> staatsfreundlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfreundlich | <input type="checkbox"/> freiheitsfreundlich |
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsfeindlich | |

Zu viel engagiert sie sich darüber hinaus auf folgenden Gebieten:

bzw. zu wenig:

Die FDP setzt sich nach Meinung meiner Bekannten ein für:

- | | |
|-----------------------|---------------------------------|
| Junge | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Mittelstand | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Alte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Frauen | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Angestellte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Unternehmer | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Arbeiter | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Sozial Benachteiligte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Beamte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Freierwerbende | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Landwirte | zu stark/genau richtig/zu wenig |
| Gewerbetreibende | zu stark/genau richtig/zu wenig |

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Wohnort

Bitte Talon einsenden — mit oder ohne Absender — an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Ein weiterer Rücktritt eines Mitgliedes der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesver-



sammlung: Nationalrat Urs Kunz hat seine Demission eingereicht. Der 63jährige Thuner Gemeindegemeinderat gehört der Volkammer seit 1979 an.

Seinen 60. Geburtstag kann am 2. Mai alt Nationalrat Dr. Andreas Brunner-Gyr feiern. Der insbesondere politisch in Fragen der zweiten Säule engagierte Politiker gehörte der Volkammer von 1967 bis 1975 an. Neben seiner industriellen Tätigkeit ist er immer noch im Bereich der Sozialversicherung tätig. Dem Jubilar wünschen wir weiterhin viel Erfolg in seinen Bemühungen.

Exklusiv(r)echte.

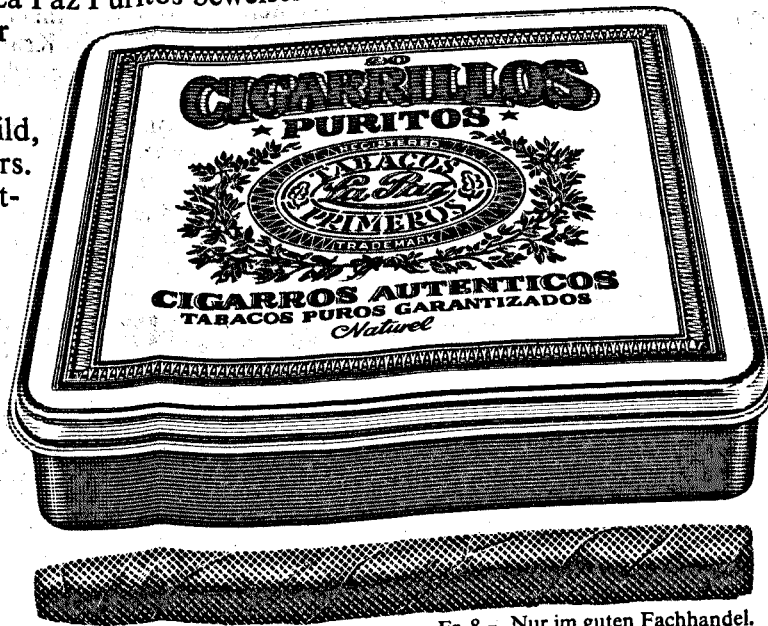
Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks-harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havana, Brasil, Java und Sumatra mélangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzencigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.



Cigarros Autenticos.



Puritos von La Paz in 20er-Blechk Dosen zu Fr. 8.- Nur im guten Fachhandel.

Ständeratskommission «setzt Dampf auf»

Kalte Progression: Endlich geht es vorwärts

Durchbruch in der Frage des Ausgleichs der Folgen der kalten Progression auf Bundesebene: Eine ständerätliche Kommission beschloss, dem Rat eine Vorlage zu unterbreiten, die über die ungenügenden Anträge des Bundesrates hinausgeht und sich der auch von der FDP der Schweiz unterstützten Initiative zum gleichen Thema annähert. Ständerat Dr. Paul Bürgi (FDP, SG) würdigt das Ergebnis der Kommissionsarbeit:



Die kalte Progression im Bund ist seit längerer Zeit ein heisses Thema. Die kalte Progression entsteht bekanntlich durch die fortschreitende Geldentwertung und bürdet dem Steuerzahler von Steuerperiode zu Steuerperiode eine wachsende fiskalische Belastung seines Einkommens auf. Allmählich entsteht dadurch eine Steuerbelastung, welche die ursprünglichen Absichten des Gesetzgebers beträchtlich übersteigt. Aus diesem Grunde haben 15 Kantone Vorschriften über einen wiederkehrenden Ausgleich der kalten Progression in ihr Steuergesetz eingefügt.

«Nationales Aergernis»

Auch in der Bundesverfassung besteht seit 1971 ein Artikel, welcher den Ausgleich der kalten Progression für natürliche Personen vorsieht. Mit der praktischen Anwendung haperte es jedoch. In den beiden verworfenen Vorlagen über die Mehrwertsteuer der Jahre 1977 und 1979 waren Bestimmungen über den Ausgleich der kalten Progression enthalten, fielen dem Nein der Stimmbürger zum Opfer. In der Bundesfinanzordnung, die seit Beginn dieses Jahres in Kraft steht, ist ein teilweiser Ausgleich der kalten Progression enthalten. Doch wie es in Zukunft weitergehen sollte, blieb ein ungelöstes Problem.

Bundesrat Ritschard stellte sich als Chef des Finanzdepartementes lange auf den Standpunkt, der Bund könne sich angesichts der wachsenden Schulden den regelmässigen Ausgleich der kalten Progression nicht leisten. Der Bundeshaushalt sei unbedingt auf die teuerungsbedingten Mehreinnahmen bei der Wehrsteuer angewiesen. Ein Stück weit kann man ihn in dieser Haltung verstehen; doch die abschliessende Antwort durfte dies nicht sein.

Durchbruch dank Initiative

Es brauchte einen Anstoss von aussen, um die festgefahrenen Dinge in Bewegung zu bringen. Dies war die Volksinitiative eines überparteilichen Komitees für Ausgleich der kalten Progression, die zu Beginn dieses Monats 120 000 Unterschriften erreicht hat und damit zustande gekommen ist. Das Gewicht dieser Initiative hat nun zu einem Durchbruch geführt, der sich in drei Etappen abspielte.

Im November letzten Jahres veröffentlichte der Bundesrat eine

Botschaft, in welcher er ein Bundesgesetz über den Ausgleich der kalten Progression beantragte. Bei einem Ueberschreiten des Landesindex um 10% (in einer Veranlagungsperiode) hätte der Bundesrat der Bundesversammlung einen Antrag auf eine Korrektur des Steuertarifes und der Sozialabzüge stellen müssen.

Während einer ersten Sitzung der vorberatenden ständerätlichen Kommission im Januar 1983 kamen noch recht deutliche Vorbehalte gegenüber dem vollen Ausgleich der kalten Progression zum Ausdruck. Dahinter standen Befürchtungen über einen geringeren Anstieg der Wehrsteuererträge in Zukunft. Es muss deshalb als eine überaus erfreuliche Wendung der Dinge bezeichnet werden, dass zu Beginn dieser Woche

in der zweiten Kommissionssitzung eine Vorlage mit allen bürgerlichen Stimmen verabschiedet werden konnte. Dazu hat die umsichtige Verhandlungsführung des FDP-Präsidenten Affolter (SO) wesentlich beigetragen.

Ausgleich bei 5% Teuerung

Gemäss Beschluss der ständerätlichen Kommission hat eine Anpassung erstmals auf die Wehrsteuerperiode 1985/86 zu erfolgen, sofern sich der Lebenskostenindex um mindestens 5% erhöht hat. Massgeblich ist der Indexstand ein Jahr vor Beginn der Veranlagungsperiode, erstmals am 31. Dezember 1983. Der Ausgleich der kalten Progression hat im vollen Umfang zu erfolgen. In die Anpassung einbezogen werden Steuertarif, Sozialabzüge und allfällige Rabatte. Der Vollzug obliegt dem Bundesrat, womit ein zeitsparendes und einfaches Verfahren gewählt wird. Die Bundesversammlung ist über die getroffenen Beschlüsse zu informieren.

Angesichts des klaren Mehrheitsverhältnisses in der Kommission darf mit der Zustimmung des Ständerates zur Vorlage in der Juni-Session gerechnet werden. Damit wäre eine entscheidende Runde zur Lösung eines schwierigen Problems erbracht, das für viele Bürger ein Aergernis geworden ist.

Auf Grund der ersten Reaktionen des Initiativkomitees darf mit einem Rückzug der Initiative gerechnet werden.

Die SAD stellt sich vor

Eine nationale Organisation im Wandel der Zeit

Die Abkürzung ist vielen bekannt, der alte Name auch: SAD stand für Schweizerischer Aufklärungsdienst. Vor kurzem hat sich diese Organisation einen neuen Namen gegeben — Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD). Der jüngst zurückgetretene Zentralpräsident, FDP-Stadtrat Peter Arbenz, Winterthur, stellt die SAD vor:



Stadtrat Peter Arbenz (FDP), Winterthur, Zentralpräsident der SAD von 1973 bis März 1983, Autor dieses Beitrages

Die Zielsetzungen der SAD sind in ihrem Leitbild präzise und umfassend festgelegt: «Die SAD ist eine parteipolitisch und konfessionell neutrale, gesamtschweizerische Vereinigung privaten Rechts. Sie belebt und fördert die aufbauende Diskussion über die Aufgaben der Schweiz und über ihre politische Zukunft mit dem Ziel, die freie Entwicklung unserer Gesellschaft im Rahmen eines demokratischen und sozialen

Rechtsstaates zu gewährleisten. Sie informiert ihre Mitglieder und weitere Träger der öffentlichen Meinungsbildung regelmässig über Charakter und Tragweite von Gefahren, die unsere offene Gesellschaft von innen und ausseren bedrohen.»

«Geburt» im Zweiten Weltkrieg

Unter dem Namen Schweizerischer Aufklärungsdienst ist die SAD ursprünglich hervorgegangen aus dem Referendendienst der während des Zweiten Weltkrieges tätigen Sektion «Heer und Haus». Im gemeinsamen Einsatz zur Aufklärung über den nationalsozialistischen Totalitarismus hatten sich Kräfte aus allen Parteien und Konfessionen, aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen zusammengefunden. Sie wollten diese Arbeit auf freiwilliger Basis weiterführen und später ebenso eingehend über die Gefahren des sowjetischen Totalitarismus informieren.

Eigentliches Gründungsdatum war der 4. Dezember 1947. Zum Präsidenten wurde Hans A. Huber, Frauenfeld, gewählt. Die ersten Jahre der SAD waren vor allem geprägt von der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Bereits damals wurden erste Schriften publiziert. In den 60er

Ausgewählte Publikationen der SAD Arbeitshefte

- Ist Demokratie lernbar?
- Dokumente einer Tagung
- Didaktische Fragen der politischen Bildung von Josef Weiss
- Ansätze einer Jugendpolitik
- Dokumente einer Tagung
- Stimmabstimmungen und direkte Demokratie von Alois Riklin
- Die schweizerische Staatsidee von Alois Riklin

Informationen zur Gesamtverteidigung

- Was ist für uns Sicherheit?
- Die internationale Lage in den 80er Jahren
- Rahmenbedingungen für die schweizerische Sicherheitspolitik in den späten 80er Jahren
- Frieden ja — um jeden Preis?

SAD-Schriften

- Beitrag der neutralen Staaten zur Friedenssicherung von Alfred Aebi
- Totalrevision der Bundesverfassung, Wunsch oder Notwendigkeit? Mitglieder der Expertenkommission
- Bundesverfassung und Verfassungsentwurf: Eine ökonomisch-rechtliche Analyse von Martin Janssen und Konrad Hummler

Zur Lage der Schweiz (Jahresrückblick)

SAD-Dokumentationsblätter Konzentrierte Sachinformationen auf einer A-4-Seite, z. B.: Jura, Ziviler Ersatzdienst, Sozialcharta, KSZE, Uno.

Pro und contra

- Bleibt die Schweiz abseits?
- Zur beantragten Vollmitgliedschaft der Schweiz in der Uno.

Jahren wurde der thematische Fächer schrittweise auf andere aussen- und innenpolitische Grundsatzfragen ausgeweitet. Mit der Uebernahme des Präsidiums durch Dr. Hans W. Kopp, Zürich, im Jahre 1963 wurden neue Schriftreihen eröffnet und eine leistungsfähige Geschäftsstelle aufgebaut.

Schwerpunkte der Tätigkeit

Folgende thematische Schwerpunkte für Tagungen und Publikationen wurden in den letzten Jahren herausgebildet:

- Information im Bereich der Sicherheitspolitik
- Untersuchung von staatspolitischen Grundsatzfragen
- Förderung der politischen Bildung
- Auseinandersetzung mit dem Links- und Rechtsextremismus

In jüngster Zeit führte der SAD politische Informationsreisen durch, darunter nach China und in die europäischen Nachbarländer.

An der diesjährigen Generalversammlung wurde Dr. Kurt Werner, Scherzenbach, zum neuen SAD-Präsidenten gewählt.

Freie Mitgliederbasis

Als eine überparteiliche, politische Vereinigung stützt sich die SAD auf eine breite Mitgliederbasis. Alle Schweizerinnen und Schweizer, die die Zielsetzungen der SAD bejahen, sind in ihrem Mitgliederkreis willkommen. Ein Mitglied erhält für den Jahresbeitrag von Fr. 50.— alle Publikationen gratis. Auch der Besuch von Tagungen ist kostenlos. An solchen Tagungen und Kursen haben die Mitglieder Gelegenheit, von ausgewiesenen Referenten und politischen Persönlichkeiten Informationen über neueste gesellschaftspolitische Entwicklun-



Dr. Kurt Werner, Zentralpräsident SAD (seit März 1983)

gen in unserem Land aus erster Hand zu erhalten. Publikationen und Dokumentationen vermitteln den Mitgliedern und der Öffentlichkeit Uebersicht und Grundlagenmaterial für ihre politische Tätigkeit. Insgesamt bildet die SAD ein Gesprächsforum für alle Kräfte, die bereit sind, als verantwortungsbewusste Mitbürger sich für eine offene Weiterentwicklung unseres demokratischen Staates zu engagieren.

Immer teureres Gesundheitswesen

Der Gesamtaufwand für das Gesundheitswesen hat im Jahre 1980 12,3 Mia. Fr. erreicht. Dies entspricht 11,9% des AHV-Erwerbseinkommens oder 6,9% des Bruttosozialproduktes. Vom Gesamtaufwand entfallen 5,7 Mia. Fr. oder 46,4% auf die Spitäler, 2,3 Mia. Fr. oder 19% auf die freipraktizierenden Ärzte, 1,26 Mia. Fr. oder 10,3% auf die Abgabe pharmazeutischer Spezialitäten in Apotheken und Drogerien, 1,2 Mia. oder 9,7% auf die zahnmedizinische Behandlung und 1,1 Mia. oder 8,9% auf den Forschungs- und Klinikaufwand der medizinischen Fakultäten, die Tbc-, Polio- und Alkoholismusbekämpfung, die Lebensmittelkontrolle und auf weitere direkte Leistungen der öffentlichen Hand.

Die Herkunft der Mittel zur Finanzierung des Gesamtaufwands ist folgende: 4,74 Mia. oder 36,6% werden von den Sozialversicherungen, vorab von den Krankenkassen (die Subventionen des Bundes, der Kantone und Gemeinden von insgesamt 1,22 Mia. oder rechnet) aufgebracht. 4,25 Mia. oder 34,6% werden durch Selbstzahler und durch Versicherte der Privatversicherung finanziert. 3,3 Mia. oder 26,8% der Aufwandsfinanzierung stammen direkt aus dem Haushalt des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.

Zwischen 1977 und 1981 hat die Entwicklung der Preise für Gesundheitsgüter den Konsumentenpreisindex als Ganzes nur wenig übertraffen; hinsichtlich der gleichen Beobachtungsperiode der Index der Krankenpflegekosten nahezu doppelt so stark erhöht (+32%) wie der Index der Preise für Gesundheitsgüter (+17%). Dies weist erneut darauf hin, dass die äusserst besorgniserregende Kostenexpansion im Gesundheitswesen nicht auf weit überdurchschnittliche Preiserhöhungen, sondern auf die grössere mengenmässige Abgabe und Inanspruchnahme von Gesundheitsgütern sowie auf die Ausweitung der Angebotskapazität zurückzuführen ist. — Diese Zahlen sind dem Buch über «Das schweizerische Gesundheitswesen 1980» von Pierre Gygi und Andreas Frei entnommen.

BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

Devisen- und Edelmetallhandel

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11 New York 001 212 949-90-44

Leitender Ausschuss: 13 Mitglieder
 Zentralpräsident: Dr. Kurt Werner, Scherzenbach
 Quästor: Werner Flückiger, Forch
 Wissenschaftlicher Berater: Prof. Dr. Ulrich Klöti, Zürich
 Zentralsekretär: Rudolf Johanni, Herrliberg
 Zentralsekretariat: Feldeggstrasse 65, 8034 Zürich
 Telefon (01) 251 44 45